

Allgemeiner Oberschlesischer Anzeiger.

46ter

Jahrgang.



N^o 60.

1848.

Ratibor, Sonnabend den 29. Juli.

(Eingefandt.)

Emancipation der Schulen.

Die Schule ist ein Organ des Staates, d. h. ein zur Erhaltung und zum Wohlbefinden desselben unumgänglich notwendiger Theil. Als solches kommt derselben eine freie und selbstständige Entwicklung zu, ohne deshalb aus dem notwendigen Zusammenhange mit den übrigen Theilen des Staates gerissen zu werden. Wenn aber von Geistlichen behauptet wird, daß eben dieser Zusammenhang mit dem Staate durch die Kirche vermittelt werde, und daher der Kirche die Oberaufsicht über die Schule zustehen, so ist dies eine durchaus unrichtige Behauptung, die nur eben darauf begründet werden kann, daß vor vielen Jahrhunderten die Schulen Anstalten und integrierende Theile der Kirche waren.

Diese ersten, nämlich kirchlichen Schulen entstanden einfach daher, daß die christlichen Bücher theils in griechischer, theils in hebräischer und später in lateinischer Sprache geschrieben waren; es mußte daher die Kirche, um die Lesung jener Bücher möglich zu machen, auch Schulen einführen, in welchen jene Sprachen gelehrt wurden, und daß man dann namentlich nur christliche Bücher las, war natürlich.

Bis zu den Zeiten des Kaisers Theodosius (Mitte des 5. Jahrhunderts nach Christo) aber bestanden neben den christlichen Schulen noch sogenannte römische Schulen, in welchen, wie in den Schulen Roms und Griechenlands, — Weltweisheit, zc. gelehrt wurde. Unter Theodosius wurden diese Schulen aufgehoben, wahrscheinlich weil bereits ein bedeutender Einfluß der christli-

chen Kirche (nicht des Christenthums) vorhanden war, welcher die römischen Schulen seinem Zwecke widerstrebend gefunden hatte. — Daß hiermit die Wissenschaften vollständig schlafen gingen, beweist die Geschichte; Schule war nachher nur in den Händen der Priesterschaft, namentlich des Mönchthums, und aus welchem Gesichtspunkte man dort die Wissenschaft betrachtet habe, geht daraus hervor, daß kein bedeutender Geist den Ausklagen von dieser Seite entging.

Der Zweck der Schule bis dahin war natürlich nur Unterricht im Christenthum, Abhalten jedes störenden Einflusses; und es rechnete die Priesterschaft hierzu nicht allein Ansichten gegen das Christenthum, sondern alle Ansichten gegen Lehren der Kirche und überdies noch alle Angriffe auf das Priestertum. Der Erfolg dieser Schulen entsprach seinem Zwecke.

Wenn wir aber heute nach dem Zwecke der Schule fragen, so ist dieser: den Staatsbürger so auszubilden, daß er allen Pflichten als solcher genügen könne, und sich derselben, so wie des Grundes dazu bewußt werde. — So lange daher noch der Standpunkt des christlichen Staates festgehalten wurde, konnte allerdings derjenige kein vollkommener Staatsbürger sein, welcher kein Christ war, und darum mußte die Schule unter der Kirche stehen.

Religion ist das Gefühl für das Göttliche; die christliche Religion das Gefühl für den durch Christus verkündeten Gott; die Kirche aber ist die äußere Form der Verehrung Gottes, die Form, in welcher jenes Gefühl durch unsere Sinne äußerlich aufrecht erhalten und kund gegeben werden soll; der Geistliche

ist der durch die Gemeinde zur Ausübung aller öffentlichen Akte des Gottesdienstes angestellte Beamte.

Zweck der Kirche ist: durch äußerliche Gottesverehrung in Gemeinschaft mit Gleichgläubigen das göttliche Gefühl wach zu erhalten, und fortwährend die einzelnen Lehren desselben in Erinnerung zu bringen. Da aber auf diese Weise auch sie gewisse Belehrungen zu ihrem Zwecke rechnet, so wird sie für diese besondere Schulen errichten müssen, und man wird in den Schulen ihr das Gebiet der Religion überweisen müssen; letzteres ist, so viel ich weiß, noch nie in Abrede gestellt worden; ersteres geschieht durch die besonderen religiösen Stunden, die von Zeit zu Zeit von den Geistlichen erteilt werden, und durch Lehranstalten mit ganz besonderen kirchlichen Zwecken.

Die Schule hat also keinen kirchlichen Zweck, den sie erzieht zu Staatsbürgern, und Bedingung des Staatsbürgerthums ist es nicht, einer bestimmten Kirche anzugehören. Wenn die Schule nun nicht kirchliche, sondern selbstständige Zwecke zu verfolgen hat, so leuchtet das Unangemessene der Bevormundung der Schule durch die Kirche von selbst ein, da die Schule durch den Einfluß der Kirche leicht von ihrem Zwecke abgelenkt, zur Verfolgung kirchlicher Zwecke benützt werden könnte; und ich glaube nicht zu viel zu behaupten, wenn ich sage, daß eben durch diesen Einfluß der Kirche die Idee des sogenannten christlichen Staates entstanden sei, so wie davon eben alle besonderen Staatskirchen abhängen.

Wenn nun die Schule von der Kirche emancipirt wird, kann dann die Religion unter dieser Emancipation leiden? kann die christliche Religion darunter leiden? gewiß nicht! — Kann die Kirche, der äußerliche Gottesdienst darunter leiden? Wahrscheinlich! — Da das Christenthum (die durch Christus verkündete Gotteslehre) nur eines sein kann, nur die äußerliche Verehrung dieses durch Christus verkündeten Gottes verschieden sein kann, so wird allerdings, wenn der Lehrer nicht unbedingt kirchliche Zwecke verfolgt, was er nicht soll, mancher äußerliche Gebrauch als überflüssig, als nicht dazu gehörig erkannt werden müssen; aber dies wird das große Glück zur Folge haben, daß alle confessionellen Trennungen mehr ausgeglichen, alle confessionellen Anfeindungen aufhören werden; und so wie die verschiedenartigen Kirchen den verschiedenen Formen gleichen, in welche das edle Metall gegossen wird, das ohngeachtet dieser mannigfaltigen Formen doch dasselbe bleibt, so ist die Religion der Kern der Verschiedenheiten in den Kirchen, und die höchste Aufgabe, diesen Kern aus den Formen herauszufinden.

Wenn nun die Gemeinde, deren Theile Kirche und Schule sind, aus Gliedern verschiedenartiger Kirchen bestände, wie dies häufig, ja gewöhnlich der Fall ist, — der Verpflichtung welcher

Kirche mußte dann die Aufsicht über die Schule anvertraut werden? oder müßte der Jude, obgleich er vollständig Staatsbürger ist, an allen Institutionen, an allen Lasten des Staates und der Gemeinde Theil nimmt, müßte auch er seine Kinder in Schulen, die christlichen Geistlichen unterworfen sind, erziehen lassen, falls er nicht eigene Lehrer bezahlen könnte?

Die Schule ist es, welche die künftigen Glieder des Staates heranzubilden soll, von ihr wird es abhängen, ob Freiheit, ob Sklaverei einst unserer Zeit folgen wird; die Schule muß daher jedem beengenden Einfluß entzogen werden, und wenn gleich die Religion niemals der freien Ausbildung des Menschen hinderlich gewesen ist, so kann dies doch nicht von den Kirchen und den Dienern der einzelnen Kirchen behauptet werden. Der Beispiele hierzu liefert die Geschichte unzählige.

Wenn wir nun aber untersuchen, welcher Kirche Diener der Freiheit der Schule sich vorzüglich entgegenstellen, so sind dies die Geistlichen der katholischen Kirche; ihnen ist der geschichtliche Vortrag durch Nichtpriester ein Dorn im Auge, weil mit Wahrheit vorgetragen, sie vielfache Willkürlichkeiten, Anmaßungen, Irrthümer, nicht der katholischen Kirche, sondern der katholischen Priester aufdeckt; weniger sträubt sich der Protestant, weil in der Idee des Protestantismus die freie Richtung der religiösen Idee begriffen ist, aber auch der protestantische Geistliche sträubt sich, mit dem Einfluß auf die Schule den größten Einfluß auf die einzelnen Familien zu verlieren. So lange die Schule und Kirche nicht von der Aufsicht des Staates befreit waren, so lange war der Staat die Gewalt, die bei Uebergriffen der Kirchen in den Schulen diesen ein kräftiges Gegengewicht geben konnte, was heute nach Emancipation beider vom Staate wegfällt.

Aber nun kommt bei dem Katholicismus ein dem Staat selbst gefährdetes Element hinzu: Die katholische Kirche erkennt als ihr Oberhaupt den in Rom residirenden Geistlichen; alle übrigen Geistlichen sind weniger Diener der Gemeinde und der Kirche, als Diener des Papstes. Es ist also ein kirchlicher Staat im Staate, und der kirchliche Staat hat zu seinem Oberhaupt den Herrscher eines auswärtigen Staates. Das Gefährliche dieses Verhältnisses für die Freiheit eines Volkes und Staates wird zu leicht eingesehen, um noch mehr darüber zu sagen.

Es kann jedoch nach allem dem Gesagten nicht nur das Interesse der Schule allein, sondern auch und zwar vorzüglich das der Gemeinde und des Staates sein, daß die Schule von jeder Bevormundung Seitens der Kirche frei gemacht werde.

Ernst Alfred Fürst von Windischgrätz,

L. L. Feldmarschalllieutenant und Commandirender in Böhmen, Inhaber d. Regiments Chevauxleger No. 4.

Unter den Männern, die in dieser Zeit der Aufregung und des Wechsels der Meinungen am heftigsten angefochten und am lauteften bewundert worden sind, zählt Fürst Windischgrätz. Geb. am 17. Mai 1787 und vermählt am 16. Juni 1817 mit Eleonore, geb. Fürstin zu Schwarzenberg, die sammt seinem ältesten Sohne, dem Prinzen Alfred, geb. d. 28. März 1819, ein Opfer des czechischen Aufstandes in Prag geworden ist, hat sich derselbe, dem alten und reichbegüterten Hause der Markgrafen v. Kärnthen angehörig, und zunächst von Verland, zweitem Sohne Ulrich's v. Kärnthen abstammend, der sich schon 1019 Graf und Herr von Windischgrätz nannte, stets durch seine eben so entschieden aristokratische Gesinnung, wie durch seine Rechtlichkeit und Charakterfestigkeit ausgezeichnet. Zufällig bei dem Ausbruch der Erhebung in Wien anwesend, war derselbe der Schrecken der Aufständischen, und sein bloßer Name setzte in der Nacht des 26. Mai ganz Wien in Aufregung. Nachdem in Wien die Revolution gesiegt hatte, kehrte er nach Prag zurück und griff dort, als der Graf Leo von Thun durch sein zweideutiges Benehmen die Gemüther verwirrt und die Czechen zur offenen Empörung ermutigt hatte, mit Kraft in den Gang der Bewegungen ein. Mit nachahmungswerther Geduld, als schon seine Gemahlin von menschenlicher Kugel getroffen, auf der Bahre lag, redete er zur Sühne und wäre fast das Opfer seines Vertrauens geworden. Mit gleicher Bereitwilligkeit überließ er dem Grafen Mensdorf das Generalcommando, als der Magistrat von Prag diesen Schritt zur Bedingung der Ausgleichung machte, ergriff aber auch mit vollster Entschiedenheit dasselbe von neuem, als neuer Verrath die wahren Absichten der Czechen enthüllte und seine Soldaten, die mit begeisterter Liebe an ihm hängen, schwierig wurden. Mit großer Entschlossenheit und zugleich mit großer Menschlichkeit, hat er binnen wenigen Tagen den Kampf entschieden, und als ihm von allen Seiten Glückwünsche wegen seines Erfolges über die Czechen zuflüßten, war er offen genug, zu erklären, daß sein Kampf nicht der Nationalität, sondern der Empörung gegolten habe, eine Offen-

heit, die ihm durch den erneuerten Haß der Radikalen und namentlich der Wiener Aulavergolten wurde, die sogar die Entsetzung des Mannes beantragte, dem Oesterreich soeben erst die Rettung der Krone Böhmen verdankt. Um so eben dankbarer ist ihm Prag und seinem Worte vertraut man, daß die hochbegünstigten Verräther, die an der Spitze der Czechen-Partei standen, der gerechten Strafe nicht entgehen werden.

Das Fürstenthum Windischgrätz, aus den Herrschaften Eglofs und Siegen bestehend, liegt in Würtemberg und wurde am 24. Mai 1804 zum Fürstenthum erhoben. Von ihm gilt sichtlich, was der Dichter sagt: „Ein Mann ist viel werth in so theurer Zeit,“ und sollte der drohende Krieg zum Ausbruch kommen, dann wird gewiß Deutschland im Fürsten Windischgrätz, einen seiner treuesten Söhne erkennen.

K o k a l e s.

Polizeiliche Nachrichten.

Am 16. Juli c. ist auf dem Wege von dem großen Markt hierselbst bis nach der Malka-Boza-Kirche eine wollzeugne Reisetasche, worin ein Paar neue weiße Beinkleider, ein Paar neue weißlederne Handschuhe, ein Paar langschäftige Stiefel und ein buntes Schnupftuch, verloren worden.

Am 26. d. M. ist aus einer hiesigen Wohnung eine silberne Cylinder-Uhr mit Goldrand gestohlen worden, die Rückseite der Uhr ist genarbt; das Zifferblatt von Silber und hat römische Ziffern.

Markt-Preis der Stadt Ratibor

vom 27. Juli 1848:

Weizen: der Preuß. Scheffel 1 rthl. 20 sgr. = pf. bis 2 rthl. 1 sgr. = pf.
 Roggen: der Preuß. Scheffel 1 rthl. 1 sgr. = pf. bis 1 rthl. 7 sgr. 6 pf.
 Gerste: der Preuß. Scheffel 1 rthl. 22 sgr. = pf. bis 1 rthl. 26 sgr. = pf.
 Erbse: der Preuß. Scheffel 1 rthl. 8 sgr. 6 pf. bis 1 rthl. 13 sgr. = pf.
 Hafer: der Preuß. Scheffel 1 rthl. 20 sgr. = pf. bis 1 rthl. 21 sgr. = pf.
 Stroh: das Schock 2 rthl. 15 sgr. bis 2 rthl. 20 sgr. = pf.
 Heu: der Centner 1 rthl. 12 sgr. bis 1 rthl. 15 sgr.
 Butter das Quart: 11 bis 13 sgr.
 Eier 6 für 1 sgr.

Verlegt und redigirt unter Verantwortlichkeit der Hirsch'schen Buchhandlung in Ratibor.

Druck von Bögner's Erben.

Allgemeiner Anzeiger.

Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Gericht werden die Depositallage von jetzt ab, jeden Donnerstag, und wenn auf diesen Tag ein gebotener Festtag fällt, des Tages vorher, von Vormittags 9 Uhr ab, abgehalten.

Die Auszahlungen sind zeitig nachzusuchen und Zahlungen zum Depositorio nur an die 3, durch einen besondern Ausgang bezeichneter Depositarier rechtsgültig zu leisten.

Matibor den 18. Juli 1848.

Königliches Land- und Stadtgericht.

Bekanntmachung

Den Herren Hausbesitzern wird hierdurch bekannt gemacht, daß pro 1. Semester erst jetzt ein außerordentlicher Feuer-Societäts-Beitrag von Höhe eines Viertheils des ordentlichen Beitrags durch die königliche Regierung zu Breslau ausgeschrieben worden ist, und fordern die Assoziiaten hierdurch auf, bis Ende August c. spätestens Zahlung zu leisten.

Matibor den 27. Juli 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf den Altendorfer Feldern, die an dem von der Leobschlitzer Straße nach Pawlan führenden Fußsteige liegen, ist verflossene Woche ein goldener Schlangen-Öhring gefunden und hier abgegeben worden.

Die Eigenthümerin desselben wolle sich binnen 4 Wochen bei uns melden und denselben in Empfang nehmen, da nach Verlauf dieser Zeit der Öhring dem Gerichte übergeben werden wird.

Matibor den 25. Juli 1848.

Der Magistrat.

Polizeiverwaltung.

Weidemanns Garten.

Sonntag den 30. Juli

Achtes Abonnements-Konzert

Entrée für Nicht-Abonnenten

2½ Lgr.

Anfang 4 Uhr.

Daguerreotyp-Portraits

fertigt Unterzeichneter scharf und klar und zu verschiedenen Größen. Meine Wohnung ist am Doktordamm im Kniez'schen Hause

Robert Jüttner,
Daguerreotypist.

Zu vermieten.

und vom 1. August c. ab zu beziehen ist ein geräumiges freundliches Zimmer vornheraus in der Nähe des Ober-Landes-Gerichts-Gebäudes. — Wo? ist zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Zwei große Wagenpferde, zwei Kutsch- und ein Leiterwagen, so wie ein Schlitten, stehen hier selbst Dorsbor-Strasse Nr. 256 a wegen Wegziehens des Eigenthümers, zum Verkauf.

400 Sack rothe Kartoffeln offerire in bester Qualität zum zeitgemäßen Preise. Bestellungen auf kleinere Quantitäten nimmt Herr Gärtler bei Herrn Commerzienrath Albrecht an, und werden auf das prompteste realisiert.

Lufasine den 25. Juli 1848.

N a w r a t h.

Dachschiefer = Verkauf.

Die Schieferbruch-Regie Dürstenhof, k. k. Schlessen, Troppauer Kreises, macht bekannt: daß ihre vorzüglich dauerhaften und schönen Dachsteine zu folgenden festgesetzten Preisen verkauft werden:

Die Wiener Quadratklaster

in Conventions-Münze

Quadratsteine 7 zöllige

8 do.

9 do.

10 do.

12 do.

15 do.

Klasterchuppen 5/11 do.

6/12 do.

Schoßchuppen per Schoß

Abnehmer von 1000 und mehr Quadratklastern erhalten 5% Nachlaß, oder um so viel Schiefer mehr.

Auch lagert ein Vorrath von Pflastersteinen verschiedener Größe.

Bestellungen und Aufträgen wollen adressirt werden:

An die Schieferbruch-Regie Dürstenhof zu Sieghermersdorf in k. k. Schlessen, Troppauer Kreis, per Post Dorfsteschen.

Die stenographischen Berichte der constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M.

Erstes Abonnement, Nr. 1-33. (100 Bogen mit Inhalt und Register sind auf Anordnung der hohen Nationalversammlung in einer bedeutenden Auflage in Leipzig abgedruckt worden, und durch jedes Postamt in ganz Deutschland für 20 Lgr. = 1 fl. C.-M. = 1 fl. 12 Kr. Rh. zu beziehen.

Das zweite und die folgenden Abonnements von Nr. 34 ab, auch je 100 Bogen, sind ebenfalls bei jedem Postamt zu gleichem Preise, und zwar möglichst bald zu bewirken, da es sonst ungewiß ist, ob bei späteren Bestellungen die früheren Nummern nachgeliefert werden können.

Tages - Ereignisse in Berlin.

Wochenbericht von 20. bis 26. Juli.

Die verflossene Woche war ohne ein bedeutendes politisches Ereigniß, dagegen für die legislative Entwicklung der neuen Zustände von besonderem Interesse. Seitens der Ministerien wurde die Zulassung der Juden zu Staats- und Lehrämtern, sofern solche nicht ein bestimmtes religiöses Bekenntniß erfordern, ausgesprochen, ein Gesetz über Grundsteuer-Befreiung der Kammer vorgelegt und die demnächst erfolgenden Vorlagen eines Kriminal- und Strafgesetzs-Entwurf und einer Communal-Ordnung zugesichert. Seitens der Kammer wurden in den Commissionen die Bestimmungen getroffen: daß, Falls die Zwangsanleihe angenommen würde, der Termin bis Martini hinausgeschoben sei, damit die Landbewohner nicht genöthigt würden, das eingeerntete Getreide zu verschleudern; daß die Todesstrafe, mit Ausnahme für Fälle des Kriegs- und Belagerungszustandes, abzuschaffen sei; daß die Cadettenhäuser aufgehoben werden; daß die Administrationsbeamten gleich den Richtern von willkürlichen Ab- und Versetzungen durch ein Gesetz geschützt werden und daß die Qualifikation eines preuß. Unterthans das Bekenntniß einer bestehenden Religionopartei nicht nothwendig mache. Die Verfassungs-Commission der Kammer hat nun den Entwurf der Verfassung beendet und ist der Entwurf vorgeestern bereits hier publicirt worden. —

Die demokratische Partei der National-Versammlung hat einen dritten Bericht an ihre Committenten erlassen, in welchem sie sich auch über die Finanzlage des Staates und über den Jacobinischen Antrag ausspricht. An die Aeußerung des Finanz-Ministers, daß die ausgeschriebene Zwangsanleihe einerseits zur Befestigung des Staatskredits, andererseits zur Vermehrung der freiwilligen Anleihe beitragen werde, wird das Bedauern geknüpft: „daß der Hr. Finanzminister nach seinen in der frühern Sitzung gegebenen Erklärungen die entgegengesetzte Ansicht hatte, sonst würde er gewiß schon früher durch das Mittel des Ausschreibens einer Zwangsanleihe die freiwillige Anleihe zu dem

verwünschten Ergebnis zu führen versucht haben.“ Bei der Angabe der verzinslichen Staatsschuld auf 126 Millionen wird die Erwähnung der „unverzinslichen Staatsschuld, wie sie in den Cassenanweisungen besteht“ vermist. In Bezug auf den Jacobinischen Antrag sagt der Bericht unter A.: „Die Verwahrungen der preussischen Regierung befreundete viele Mitglieder sehr; wie man auch über den Beschluß der National-Versammlung denken mochte, darüber hätte man sichtlich keine Zweifel erwartet, daß der Beschluß nicht an die Zustimmung der einzelnen deutschen Fürsten gebunden sein dürfte, wollte man nicht wieder an die Stelle der allgemein sehnlichst erwarteten deutschen Einheit die alte Zerrissenheit treten lassen.“ Aus dieser Erwägung sei die Formirung des Antrages nothwendig erschienen. Es wird der Gang der Debatte geschildert und eine Resümee der opponirten Einwendungen gegeben, wobei als der „bei Vielen“ die Verwerfung des Antrages motivirende „Hauptgrund,“ der vermuthet wird, „daß mit Annahme des ganzen Antrages oder auch nur des zweiten Theiles desselben, das Ministerium hätte abtreten müssen.“ Gegen diejenigen, welche in der Mißbilligung des Beschlusses ein Aussprechen republikanischer Grundsätze involvirt glaubten, wird bemerkt: „Statt mit Gründen die Zweckmäßigkeit eines verantwortlichen Oberhauptes zu widerlegen, genügte es daher auch manchen Rednern, diesen Vorwurf lediglich zu einer Verdächtigung gegen die Partei, von der der Antrag ausgegangen war, zu benutzen, indem man sich denn auch nicht scheute, alle Schreckbilder, wie Anarchie, Bürgerkrieg, fremde Unterjochung u. hinzufügen, womit man zwar politische Kinder, aber nicht gebildete Männer zu erschrecken vermag.“

Zur Rechtfertigung der Minorität heißt es endlich: „Der erste Theil des Antrages enthält allerdings einen demokratischen Grundsatz und es ist mit der Demokratie unverträglich, einen unverantwortlichen, an die Ausführung der Beschlüsse der deutschen National-Versammlung nicht gebundenen Reichsverweser Deutschlands zu ernennen; denn wie man auch über die Beibehaltung der 34 Souveräne von Deutschland denken mag: einen neuen hinzuzufügen, müßte völlig überflüssig und unzweckmäßig erscheinen. Zudem kommen auch noch viele Gründe hinzu, welche

auss den besondern Eigenthümlichkeiten Deutschlands hervorgehen. Es ist nämlich undenkbar, welche Stellung dieser unverantwortliche, neue s. g. constitutionelle Monarch über den andern unverantwortlichen Monarchen einnehmen soll. Entweder steht er machtlos da, seine unverantwortliche Machtvollkommenheit ist nichtig, oder die Obigen müssen ihre Machtvollkommenheit wenn auch nicht formell, doch thatsächlich aufgeben. In diesem Falle wird sich eine neue Hegemonie eines deutschen Fürstenhauses bilden. Nur wenn die Einheit Deutschlands als ein Bund seiner Einzelstaaten unter der National-Versammlung aufgefaßt wird, ist das Beibehalten der einzelnen Souveräne möglich, in anderem Falle werden sie verschwinden müssen. — Viele glaubten übrigens, daß nur durch das freie, offene Ausprechen der Meinungen die Einheit dauernd begründet werden könne, daß mithin von der offenen Mißbilligung des Beschlusses der deutschen National-Versammlung kein Zwispalt zu erwarten stehe. Im andern Falle aber ist nicht zu verkennen, daß die Verwahrungen der deutschen Fürsten nothwendig den Keim neuer Zwietracht enthalten müssen.“

Am 22. wurde der Congreß constitutioneller Vereine hier eröffnet. Die Verhandlungen waren öffentlich und es nahm ein großer Theil der Kammermitglieder daran Theil. Es waren etwa 80 Vereine vertreten. Der Antrag Maron's (aus Stettin): „die Versammlung wolle vor aller Berathung den Zweck des Congresses formuliren“, wurde verworfen, was das Ausschneiden der Deputirten von Stettin, Stargard und Cöslin zur Folge hatte. Der § 1 eines Statutes für Organisation der Wirksamkeit der verbündeten Vereine, welcher lautet: „Die constitutionellen Vereine Deutschlands, welche in der constitutionellen Monarchie die Durchführung demokratischer Grundsätze in Staats- und Gemeinde-Angelegenheiten bezwecken, wollen sich zu gemeinschaftlicher Thätigkeit verbinden,“ — wurde angenommen. —

Aus Schleswig wurde gemeldet, daß sieben der größten Kauffarthsschiffe zu deutschen Kriegsschiffen umgewandelt worden sind; das größte derselben ist mit 36 Kanonen versehen und führt den Namen „Deutschland.“

Die Zündnadelgewehre, welche erst seit dem Zeughaussturm ein klein Theil der Armee zur Einübung des Schießens übergeben sind, haben sich vollkommen bewährt. Jeder Mann kann in einer Minute bequem 6—8 mal abfeuern und auf 600 Schritt noch einen Kriessler vom Pferde schießen. Es ist auffallend, daß diese wichtige Waffe im Zeughause lag, während

man bei dem Kampfe in Schleswig-Holstein Gelegenheit hatte, von ihr eine praktische Probe zu machen. Bekanntlich ist die Konstruktion dieser Gewehre ein Geheimniß der preuß. Regierung.

Das Constabler-Corps ist unter dem Namen von „Schutzmännern“ ins Leben getreten. Die Schutzmannschaft ist in 4 Abtheilungen unter 4 Hauptleuten in den 4 Stadttheilen am Tage und bei Nacht beschäftigt; ein berittener Theil ist in der nächsten Umgebung der Stadt in Thätigkeit. Es sind der Schutzmannschaft alle Pflichten und Rechte der executiven Polizei-Beamten beigelegt. —

Das Denunciantenwesen nimmt auf eine maßlose Weise überhand. Nicht bloß Druckschriften, sondern auch mündliche Aeußerungen, die entweder hochgestellte Personen oder Staatsbedürden irgendwie berühren, werden meist anonym zur Anzeige gebracht. Diese Denuncianten scheinen auch mit jener Partei in Verbindung zu stehen, welche jetzt durch Aufreizungen gegen die deutsche Einheit, worin Preußen verloren gehen sollte, das Volk in feindliche Parteien trennen möchte. In einem „Aufrufe an das Volk“ wurde zu offenbaren Widersehllichkeiten aufgefordert. —

Die Kammer hat folgende Beschlüsse gefaßt: 1) die noch nicht beendigten Regulirungen über Theilung gemeinschaftlicher Jagddistrikte in Westphalen, Kur- und Neumark und Provinz Sachsen zu sistiren; 2) eine besondere Kommission für die Gewerks- und Handwerkerverhältnisse niederzusetzen, welche demnächst den Auftrag erhalte, mit Zuziehung freigewählter Sachverständigen Vorschläge zur schleunigsten Abhülfe der dringendsten Beschwerden bis zum Erscheinen einer definitiven Gewerbe-Ordnung zu machen. —

(Eingefandt.)

Wiener Zustände.

Wien 12. Juli. Wir leben hier noch immer im Zustande großer Ungewißheit. Herr — und ich wissen aus sicherer Quelle, daß es hier wahrscheinlich wieder ernste Ausritte geben werde, und man darum stets reisefertig sein muß, um auf den ersten Wink die Stadt verlassen zu können.

Den 24. Juli. An vorstehende Mittheilung knüpfen wir folgende Erwiderung.

Aus dem mit W. unterzeichneten „Eingefandt“ in Nr. 58 des D. Schl. Anzeigers erhellt, daß der fast schon vergessene,

in **Nº 3** des Oberblatts enthaltene Artikel über Wien eine Art von Inquisition erfahren hat. Man darf jetzt vermittelst der „freien Presse“ alles Mögliche und Unmögliche, nur nicht die tatsächliche Wahrheit sagen. Geschicht dieses, so tritt ein auffallendes Verfahren ein, wie Sigura zeigt. — Nach diesem „Eingefander“ hat man sich zur Beglaubigung des erwähnten Berichts an einen Kaufmann in Wien gewandt; die Zumuthung, daß ein solcher, dem der Kredit über alles gehen muß, der Stadt und sich selbst mit ein testimonium pauperitatis ausstellen solle, war etwas stark. Dennoch ist die Antwort halb zugeständig ausgefallen. — Der Bericht hatte Thatsachen angeführt, auf deren Widerlegung es ankam. Aber statt dessen tritt die Antwort mit der Vogelschreie „Reaktion“ auf. Wer jetzt nicht Demokrat auf breiterster Grundlage ist, der ist Reaktionair. Dagegen schützt ihn bei gewissen Leuten kein Protest, keine Darlegung seiner Grundsätze. Jedem Unparteiischen aber kann man die Beantwortung der Frage, wo denn in jenem Berichte in **Nº 3** (verglichen mit dem in **Nº 4** des Oberblattes von demselben Verfasser) — die Reaktion eigentlich stecke? getrost überlassen. Von der Wahrheit dessen, was in guter Absicht berichtet worden, kann sich Jeder in Wien in jedem Augenblick durch eigene Anschauung, und dasjenige, was öffentlich in Gesellschaften von anständigen, verständigen, von Reaktion weit entfernten Leuten gesprochen, geurtheilt wird, überzeugen. Eben so wenig galten dort die freimüthigen Aeußerungen des Verfassers jenes Berichts über die jetzigen Noth- und Uebelstände für reaktionaire Bestrebungen. Nur in Mailbor scheint es anders zu sein. — Die Antwort aus Wien setzt aber den im Bericht angeführten Thatsachen, ohne sie zu widerlegen, andere entgegen. Sie spricht von Hunderten, die nach Wien kommen, von Deputationen, die dann folgen und dgl. Daß Viele, welche Geschäfte, Beruf oder Durchreise dahin führt, Wien besuchen nicht ist bestritten worden. Gewiß aber ist, daß jeder Unbetheiligte, der unabhängig und überall leben kann, Wien in seinem jetzigen, unruhigen, verworrenen Zustande gerne verläßt, wie dieses jetzt auch von Berlin, Paris und andern großen, unruhigen Städten gilt. Viele kommen natürlich jetzt nach Wien, um die Umstände für ihre politischen Zwecke auszunutzen, weisenthells aber, um zu empfangen, nicht um zu spenden.

Ueber die sogenannten Deputationen, wie über manches Andere ließe sich noch vieles sagen. Hier aber nur ein Beispiel. Vor Kurzem traten zwei angebliche Deputirte aus Nordamerika, mit der Behauptung auf, sie hätten für die Freiheitsbestrebungen der Wiener einen Beitrag von 8000 Dollars aus Amerika zu überreichen. Diese Leute wurden in der Aula, dem Sitze der Weisheit, wo man Geld gebrauchen kann, feierlich empfangen. Da aber disavouirte der amerikanische Konsul diese Deputation öffentlich; denn welche, selbst republikanische Regierung wird sich in niedrige Antriebe einlassen! Es stellte sich nun heraus, daß die angeblichen Deputirten polnische Juden waren, die auf Gaunerei ausgingen. — Wir haben aber bemerkt, daß die Antwort aus Wien die im Berichte angeführten Thatsachen theils zugesteht! — Was liegt schon nicht alles in der naiven Aeußerung: „Wir (Wiener Sicherheitsausschuß, demokratische Clubs u.) haben den Minister Villersdors abgelehnt“ 2c.! Dieses ist ein Bekenntniß des anarchischen Zustandes, in welchem sich Wien, der Mittelpunkt des großen Kaiserreichs mit seinen verschiedenartigen Nationalitäten, jetzt befindet und so die Zerstückelung des Reichs fördern hilft. — Die Antwort erwähnt dann noch die „endliche“ Verbrüderung zwischen dem Militair und der Bürgergarde: Wir wünschen, daß sie aufrichtig und von Dauer sein möge, denn dann werden beide vereint dem herrschenden Unfuge ein Ende machen und Wien aus der Herrschaft von Aufwiegeln befreien, Gesetz, Ruhe und Ordnung herstellen können. Die früheren Verbrüderungen zwischen Arbeitern und Studenten, diesen und Bürgern haben nur zur Vermehrung der Unordnung beigetragen. — Möge sich auch der hohe Vorzug bewähren, welchen der Wiener Kaufmann der dortigen Nationalversammlung von der Berliner vindicirt! Viele sehen dagegen auf die große Zahl slavischer Bauern als Deputirte und die durch sie mit zu vereinbarende Reichsversammlung mit Betrübnis hin. Diese Leute von absoluter Unfähigkeit werden bereits für Parteizwecke tüchtig bearbeitet. — Endlich bekennt die Antwort wörtlich „durch die Bewegung ist es natürlich, daß der Handel und der Verkehr leidet; Opfer werden noch lange gebracht werden müssen.“ Nun das ist es ja eben, was jener Bericht darthun sollte, und der Verfasser nimmt dieses Zugeständniß an. Er wünscht und hofft auch mit dem Wiener

Kaufmanne, daß „die Zukunft endlich besser werden“ möge; aber er bezweifelt mit Vielen, daß dieses auf dem bisher eingeschlagenen Wege geschehen könne. Die Zukunft wird es lehren. — Dieses nur zur Rechtfertigung des incrimirten Artikels.

Der Verfasser der beiden Berichte in Nr. 3 und 4 des Oderblattes.

Scene aus den letzten Tagen.

Die Scene spielt in einer größeren Provinzialstadt. Madam hat so eben den beiden jüngsten Knaben, welche in die Schule müssen, das Haar gekämmt und geschneit und ihnen für die Zeit ihrer etwaigen wissenschaftlichen Bestrebungen einen physischen Halt in der Gestalt eines buttergeschnittenen Milchbrodes in die Mappe gesteckt. Dem fernern dringenden Gesuche der Knaben wegen Kirschen und Johannisbeeren wird die mütterliche Antwort: vielleicht Nachmittags, wenn ihr fleißig und artig gewesen seid! Die deutschen Knaben begnügen sich mit dem Versprechen, springen lustig fort und geben keine Antwort, als ihnen noch auf der Treppe die Warnung zugerufen wird, unterwegs keinen ihrer Kameraden oder andre Jünglinge zu prügeln und durch solche Action die selten ausbleibende und oft unangenehme Reaction zu provociren. Madam kehrt in die Wohnstube zurück, und wischt, während sie an ihren Gatten denkt, der als Deputirter in der fernern Residenz Diäten bezieht, den Staub von Menblen. Wir thun Beide unsre Pflicht, sagt sie sich: erhält zuweilen eine Rede für das Wohl des Staates, ich sorge und handle für das Wohl unserer kleinen Wirthschaft. „Ach,“ fügt sie seufzend hinzu, „wenn nur unsere Einrichtung erst ganz bezahlt wäre! Die Kinder kosten gar zu viel und . . .“ Sie unterbricht ihren Seufzer, indem sie sich die weiße Schürze vorbindet und in die Küche geht, um nachzusehen, ob Charlotte, das Dienstmädchen, kein zu großes Feuer auf dem Herde gemacht, und ob sie bereits dabei sei, die für den heutigen Mittagstisch bestimmten weißen Rüben zu putzen. Charlotte wird mit einigen nicht zu sanften Worten zu größerem Fleiße angespornt, „damit sie bald nach Hammelfleisch gehen könne.“

Auch wird ihr angezeigt, daß sie Nachmittags die beiden Kammern scheuern müsse, weil . . .

Man klopft. „Herein!“ Es ist der Briefträger. „Von meinem Mann!“ ruft die Hausfrau und befehlt dem Dienstmädchen, die geforderten Sechs Pfennige auszuliegen, da sie ihre Börse nicht bei sich habe. Plötzlich sinkt Madam halb ohnmächtig auf einen Küchenschemel und schreit: „Ach Herr Jesus!“

„Um Gotteswillen, was ist Ihnen, Madam?“ ruft Charlotte. „Nicht Madam, nicht mehr Madam!“ leucht ihre Herrin mit hochklopfendem Busen. Ihr Gesicht, so eben noch bleich röthet sich auffallend, ihre Augen strahlen Feuer. Endlich erhebt sie sich. „Excellenz sind wir!“ ruft sie, „Excellenz bin ich! **Mein Mann ist Minister geworden!**“ Sie sinkt wieder auf den Schemel zurück. „Charlotte, laß das Rübenschauben! Mach das Feuer aus! Wir essen heut aus dem Hôtel!“

Die Nachbarin tritt ein. Die neue Excellenz, sich schnell die Schürze losbindend, fällt ihr um den Hals und ruft: „Denken Sie sich, liebe Madam Pieseken: **mein Mann ist Minister geworden!**“ (Fr. Bl.)

Notiz.

Zu den Lügen der Wähler in den unteren Klassen des Volks gehört auch die eifrigst immer wiederholte Behauptung: sie schon er bei ihren Aufständen das Eigenthum und namentlich die Kunstwerke mit größter Sorgfalt. Man hat dies auch den Franzosen nach gerühmt und nun kommen Schilderungen, die in's Entsetzliche gehen. Das Verzeichniß der im Palais Royal vernichteten ausgezeichneten Kunstwerke, Statuen, Gemälde u. s. w. füllt fast 2 Bogen. Die herrlichsten Statuen von Comova (auf dessen berühmte Venus), Donière, David sind verstümmelt und enthauptet, zerstört die unersetzlichen Gemälde aus der niederländischen Schule, gleichfalls Bilder der neueren Maler, von Gerard, Bernet, Steuben u. zerstört die ganze Portrait-Gallerie! Und trotzdem giebt man sich alle Mühe, die Vernichter ehrfurcht-gebietender Kunstwerke als erbaulich edle Leute auszuposaunen.

(Gleichf.)